



Schriftliche Bewerbung für die Landesliste DIE LINKE, Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016

Dave Koch

Parteiinterne Ämter:

Kreisvorsitzender des Kreises Bernkastel-Wittlich

Betriebsverfassungsrechtliche Ämter:

- Betriebsratsvorsitzender Globus Baumarkt Wittlich
- Stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, Globus Fachmärkte GmbH & Co. KG
- Mitglied des Wirtschaftsausschusses
- Sprecher des Ausschusses gegen sexuelle Belästigung
- Sprecher des Ausschusses zur digitalen Personalakte

Gewerkschaftliche Ämter:

- Mitglied des DGB-Kreisvorstandes Bernkastel-Wittlich
- Stellvertretender Vorsitzender der verdi-Fachgruppe Handel, Bezirk Saar-Trier
- Mitglied der verdi-Landesfachgruppe Einzelhandel, Rheinland-Pfalz/Saarland
- Mitglied der verdi-Tarifkommission Einzelhandel, Rheinland-Pfalz
- Mitglied der verdi-Arbeitsgruppe „neue Entgeltstruktur“, Rheinland-Pfalz/Saarland/Hessen
- Mitglied des verdi-Landesfachbereichsvorstands Handel, Rheinland-Pfalz/Saarland

Persönliches

Beruf: Verkäufer bei Globus Baumarkt, Wittlich

Familie: Vater eines 5-jährigen Kindes. Verheiratet, getrennt lebend.
Seit Ende März diesen Jahres in Privatinsolvenz, da meine Frau nach der Geburt unseres Kindes nur noch geringfügige Beschäftigungen (450€-Jobs) gefunden hat und ich – aus moralischen Gründen – ein Gewerbe aufgegeben habe (Finanz- und Versicherungsvertrieb).

Meine Politisierung hat durch die Betriebsrats- und ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit stattgefunden. Dort habe ich festgestellt, dass die Kräfteverhältnisse falsch gelagert sind. Um dort ein Gegengewicht zu schaffen, engagiere ich mich weiterhin in vielerlei Ämtern.

Heutzutage agieren meiner Ansicht die Gewerkschaften zunehmend neoliberal, was mich zu der Einsicht brachte, dass es einen Linksdruck geben muss. Daher habe ich den Entschluss gefasst, in DIE LINKE einzutreten und leiste seitdem aktive Arbeit.

Damit wir uns für die Wählerinnen und Wähler profilieren und deutlich von anderen Parteien abgrenzen, muss DIE LINKE sich meines Erachtens klar zu drastischen Maßnahmen bekennen. Arbeitszeitverkürzungen, Ausweitung von Urlaubsanspruch, eine deutliche Anhebung des Mindestlohns etc., um eine Umverteilung zu erreichen. Aber auch Enteignung zur Vergesellschaftung von Großkonzernen und Banken muss dazu von uns gefordert werden.

Uns allen ist bewusst, dass DIE LINKE in einem Landtag nicht den Sozialismus ausrufen kann. Daher sollte unsere Landtagsfraktion das Parlament insbesondere als Bühne nutzen und die parlamentarische Arbeit mit außerparlamentarischen Aktionen verknüpfen. Die mediale Aufmerksamkeit, die Amtsinhabern zukommt, soll dafür genutzt werden, außerparlamentarische Oppositionen zu stärken.

Als wichtigste Aufgabe von gewählten Landtagsabgeordneten sehe ich daher das Netzwerken mit Bündnispartnern an. Der Großteil der Zeit sollte dafür aufgewendet werden, an deren Veranstaltungen teilzunehmen, auf Demonstrationen etc. zu sprechen. Mich viel Engagement würde ich mich – und damit DIE LINKE – mit diesen Bündnissen verknüpfen.

Wir leben im Informationszeitalter und viele Menschen sind heutzutage für Missstände sensibilisiert. Auch Nicht-Linke stimmen uns in der Aussage zu, dass die wirkliche Macht nicht bei PolitikerInnen liegt, sondern bei denen, die Kapitalmacht besitzen.

Die großen Unternehmen agieren strategisch in einem für sie freundlichen Umfeld des jahrzehntelangen Neoliberalismus. Sie trichtern ihren Belgeschäften Corporate Identity ein, was dazu führt, dass viele unserer Mitmenschen sich oft mehr mit ihrer/m Chefin verbunden fühlen, als mit ihren KollegInnen in anderen Firmen und anderen Branchen. Wir LINKE müssen mehr Bewusstsein dafür schaffen, wer in unserer Gesellschaft gleiche Interessen hat.

Daher würde ich nach meiner eigenen Maßgabe agieren:

Um etwas für die Menschen zu erreichen, muss man die Menschen erreichen!

Ich bitte um euer Vertrauen.

Dave Koch
Marienstr. 2
54516 Wittlich
Tel. 0176 80313586
Mail davedopekoch@gmail.com
www.facebook.com/mcdavedope

Anhängend meine Antworten auf den Fragenkatalog der Linksjugend ['solid]

1. Strategische Ausrichtung der LINKEN im Landtagswahlkampf

Sollte die Bildung einer rot-rot-grünen Landesregierung nach der Wahl Deiner Meinung nach als mögliche Option im Wahlkampf beworben werden?

Nein. Es sollte nicht beworben werden, da wir meines Erachtens diese Koalition nicht eingehen sollten (Details dazu in meiner Antwort auf die nächste Frage). Daher sollten wir nicht mit etwas werben, was wir später nicht erfüllen (wollen).

Hältst Du die Forderungen der LINKEN in Rheinland-Pfalz und die in ihrem Erfurter Grundsatzprogramm dargelegten Ansichten auf der einen Seite mit einer Regierungsbeteiligung unter Führung pro-kapitalistischer, bürgerlicher Parteien auf der anderen Seite für vereinbar?

Nein. Koalition(en) mit pro-kapitalistischen Parteien sollten von uns grundsätzlich, von vorn herein und ohne vertun ausgeschlossen werden. Nicht nur „unter Führung“ sondern jegliche Koalition. Selbst wenn „wir“ (gemessen am prozentualen Wahlergebnis) die Führung hätten, machen derartige Koalitionen keinen Sinn. Wir können den Sozialismus nicht erreichen, wenn wir uns in die Machenschaften des Kapitalismus hineinziehen lassen. Zwar ist das Argument, dass man manche Dinge zum positiven wenden kann, wenn man sich an Regierungen beteiligt, nicht von der Hand zu weisen, jedoch verfällt jegliche Glaubwürdigkeit, wenn wir an den Dingen, die wir als Linke immer kritisieren, selbst beteiligt sind.

2. Umgang mit einem gewonnenen Landtagsmandat

In der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung gilt der Grundsatz, dass ParlamentarierInnen in erster Linie ihrer Organisation dienlich sein sollten, und nicht sich selbst.

• Auf welche Art und Weise würdest Du ein Mandat nutzen?

- als „Dienstleister“ für die GenossInnen, die Arbeit vor Ort leisten. Ich würde Anfragen stellen, um Informationen über Geschehnisse vor Ort für die Kreisverbände einzuholen. Unterstützung der KVs bei Informationsveranstaltungen, im Wahlkampf und bei Aktionen ist mir ein wichtiges Anliegen.
- Den Titel des Landtagsabgeordneten würde ich nutzen, um mit den Menschen in Kontakt zu kommen. Welcher Unternehmer würde jemandem mit diesem Status schon den Zugang zu

seinem Betrieb verwehren? Dass ich mich mit dem Geschäftsführer nur 5 Minuten, mit dem Betriebsrat aber 2 Stunden unterhalten möchte, muss ich ja nicht vorher erwähnen ;)

- Da ich eurem Einführungsabsatz voll und ganz zustimme, soll die Arbeit aller Landtagsabgeordneten in enger und direkter Kooperation mit den Mitgliedern des Landesverbandes stattfinden. Zwar ist der Grundsatz, dass man als Abgeordneter nur seinem Gewissen verpflichtet ist, gut und richtig, wenn man jedoch über die Liste eines Landesverbandes ins Parlament kommt, steht man auch in einer gewissen Verpflichtung diesem gegenüber. Daher hat man sich auch in gewissem Maße nach dessen Interessen zu richten. Insbesondere Beschlüsse von LPT sollten in gewisser Form bindend sein. Demnach würde ich sie für mich als bindend anerkennen. Außer Antideutsche übernehmen unseren LV, dann nicht :-)

• Wie sollte Deiner Meinung nach das Verhältnis zwischen parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischen Bewegungen aussehen?

Die Maßgabe an mich selbst wäre: Vorleben, dass Parlamentarier sein nicht unbedingt bedeutet, ein „Sesselfurzer“ zu sein!

Einem Abgeordneten wird doch gleich mehr Gehör geschenkt, bei Demonstrationen und anderen APO-Veranstaltungen. Dort kann man zeigen, dass es noch Politiker gibt, die sich nicht vom Kapital einlullen lassen.

Der Austausch mit außerparlamentarischen Bewegungen ist unvergleichlich wichtig. Menschen ähnlicher Interessen finden sich in diesen Bewegungen wieder und sollten so auch wahr- und ernstgenommen werden. Seien es die Gewerkschaften als Vertreter der ArbeitnehmerInnen, Friedensbewegungen, Tierschutzverbände oder all jene, die mir gerade nicht einfallen: Diese sind wichtige Bündnispartner. Es ist wichtig, auf sie zuzugehen und zu jeder Zeit Gespräche zu führen. Rückkopplungen darüber, womit der Landtag sich aktuell beschäftigt, aber insbesondere auch, welche Themen „brennen“, mit denen die Politik sich derzeit gar nicht befasst, muss stets kommuniziert werden. Als Abgeordneter hat man die Möglichkeit, Anfragen zu stellen. Eine außerparlamentarische Bewegung kann davon profitieren. Gleichzeitig können wir viel von diesen lernen, da sie sich zumeist auf ein Thema spezialisiert haben. Gerade jene, die sich stark machen ohne zu „paktieren und parlamenteln“ (Liebknechts Worte) müssen wir doch ernst nehmen. Zumal wir LINKE in Rheinland-Pfalz ja (Stand heute) auch eine außerparlamentarische Bewegung sind ;)

Daher würde ich mich mit viel Freude zu Sitzungen, Veranstaltungen etc. von Bewegungen einladen lassen und gleichzeitig Treffen ansetzen, um diese Bewegungen mit uns, aber auch untereinander zu verknüpfen.

• Würdest Du Dich bei der Höhe des einzubehaltenden Anteils an der monatlichen Aufwandsentschädigung am Durchschnittseinkommen eines rheinland-pfälzischen Arbeitnehmers orientieren?

Orientierung: Ja. Allerdings müssen wir ernsthafte Überlegungen zur praktischen Umsetzung anstellen. Es funktioniert nicht so einfach, zu sagen: „Der Durchschnittsverdiener hat 1.900€ netto, der Abgeordnete 3.100€. Die Differenz von 1.200€ wird gespendet.“

Problematik: Ich z.B. habe einen Sohn, von dessen Mutter ich mich getrennt habe. Im Falle meiner Wahl stünde ihr mit allem Recht dieser Welt ein Unterhalt entsprechend meines Netto-Gehaltes von 3.100€ zu. Das ändert sich auch nicht, wenn ich davon 1.200€ spende.

Weitere Thematik: Als Abgeordneten hätte ich nicht mehr einen „9 to 5 Job“ und würde die Möglichkeiten, die das Mandat mir gibt, auch gerne zum Netzwerken im Sinne der Partei und der Bewegung nutzen und für politische Aktivitäten. Dazu muss man reisen. Benzin kostet Geld, eine Mahlzeit unterwegs kostet mehr als eine selbstgekochte und und und...

Es wäre nicht sinnvoll, wenn diese Abgabe dazu führt, dass politische Aktivitäten ausgebremst werden.

Wie wäre es mit einem solchen Modell:

Meine Ex bekommt den ihr zustehenden Unterhalt, ich rechne sozusagen „Reisekosten und Spesen“ mit mir selbst ab und was übrig bleibt spende ich?

• In welcher Form würdest Du dem Jugendverband [‘solid] Unterstützung gewähren? (Finanzielle, Zuwendungen, Vorträge, Büroräumlichkeiten, Mitarbeiter, etc.)

Die oben erwähnte Spende sollte zu einem guten Teil in einen gemeinsamen „Aktionstopf“ des Landesverbandes und [‘solid] gehen, für größere politische Aktionen.

Zu Zuwendungen/Vorträge (Kooperation) siehe meine Antwort auf Frage 3, letzter Absatz.

Räumlichkeiten, Mitarbeiter etc.: Ich weiß nicht, inwieweit das möglich ist. Da gibt es doch hinderliche Paragraphen von wegen „unerlaubte Parteienfinanzierung“ und so... aber was geht, das geht und wird auch gemacht!

3. Jugendpolitik

• Welche jugendpolitischen Themen empfindest Du als wichtig und wie würdest Du als Landtagsmitglied für ihre Umsetzung eintreten?

Als Linker, der insbesondere durch die ehrenamtliche Gewerkschaftstätigkeit politisiert wurde, brennt mir da vor allem das Thema „Arbeit“ unter den Nägeln. Es ist mir ein Graus, dass bereits junge Menschen vom Arbeitsmarkt verprellt werden. Die Landespolitik muss dafür sorgen, dass jeder, der eine Ausbildung machen will, eine Ausbildung machen kann. Und vor allen Dingen auch in dem Beruf, der derjenige lernen WILL. So wie ich es jetzt schon als Betriebsrat und Gewerkschafter tue, würde ich mich auch als Parlamentarier für eine Ausbildungsumlage einsetzen, die ähnlich der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte gestaltet sein sollte: Wer nicht oder wenig ausbildet, muss zahlen.

Ich habe es in meinem Bekanntenkreis zu oft erlebt, dass die Eltern einfach nicht mehr zahlen wollten, obwohl sie noch unterhaltsverpflichtet waren. Daher mussten meine Bekannten eine Ausbildung oder eine Arbeit als Ungelernte anfangen, statt ein Studium zu absolvieren. Ich meine, wer verklagt schon seine eigenen Eltern auf Unterhalt? Und wer will, dass Kinder ihre eigenen Eltern auf Unterhalt verklagen (müssen)? Daher muss Bafög unabhängig davon gezahlt werden, was die Eltern verdienen.

Aber nach meiner Antwort zu Frage 2 ist, denke ich, auch klar, dass ich da ganz stark auf euch setze, oder? ['solid] ist doch DIE außerparlamentarische Bewegung in Sachen Jugendpolitik ;)

4. Grundsätzliche politische Überzeugungen

• Was beinhaltet der Begriff des „Demokratischen Sozialismus“ für Dich? Wie könnte man langfristig zu einer solchen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gelangen?

Demokratischer Sozialismus bedeutet für mich,

- dass existenzielle Dienstleistungen und die Produktion solcher Güter in öffentlicher Hand unter demokratischer Kontrolle sind. Das sind unter anderem:
 - das Transportwesen
 - Post und Telekommunikation
 - Lebensmittelproduktion und –handel
 - Konzerne jeglicher Produktions- und Dienstleistungsbranchen, sobald diese eine Marktmacht erreicht haben

Auch in kleineren Betrieben und Unternehmen muss die demokratische Kontrolle der Belegschaft obliegen. Dies wird erreicht, indem Betriebs- und Personalräte ein Mitbestimmungsrecht auch bei

unternehmerischen Entscheidungen erhalten und bei großen Entscheidungen (z.B. Produktionsverlagerung ins Ausland, Wechsel auf einen andere Produkt-/Dienstleistungsgruppe) die gesamte Belegschaft zur Abstimmung geht.
Schlüsselpositionen in Unternehmen (Geschäftsführer, Personalleiter etc.) werden von der Belegschaft auf Zeit gewählt.

Die Produktion von Waren wird darauf ausgerichtet, was die Menschen brauchen. Es richtet sich nicht mehr danach, was den Unternehmen Profit bringt, sondern was die Menschen tatsächlich benötigen.

Der heutige Stand der Technik wird genutzt, damit alle ein möglichst niedriges Arbeitspensum erfüllen müssen. Statt höherer Profite für die Unternehmer werden technische Errungenschaften für Arbeitszeitverkürzungen genutzt. Es wird eine Formel aufgestellt, nach der man die erforderliche Arbeitskraft zur Produktion der erforderlichen Güter und Erbringung der erforderlichen Dienstleistungen durch die vorhandene Arbeitskraft aller hier lebenden Menschen teilt. Wirtschaft soll also demokratisch geplant werden.

Den Weg, den wir dahin beschreiten müssen, würde ich in wenigen Worten beschreiben als „*verharren und Gelegenheiten nutzen*“.

Konkret heißt das:

Verharren: Eine revolutionäre Linke Partei findet in der derzeitigen politischen Lage keinen mehrheitlichen Zuspruch. Das darf nicht dazu führen, dass wir umkippen und uns in Regierungsbeteiligungen ein System stützen, das für den Kapitalismus steht, den wir beseitigen wollen.

Gelegenheiten nutzen: Außerparlamentarische Aktionen nutzen, um Menschen zu politisieren. Wir müssen die Sensibilität und Informiertheit der heutigen Generation nutzen, um für linke Ideen zu werben.

Ein konkretes Beispiel von mir selbst: In der Gewerkschaftsarbeit bringe ich immer wieder sozialistische Forderungen in Tarifverhandlungen ein. Auch, wenn diese meist schon an den ehrenamtlichen KollegInnen scheitern, stelle ich fest, dass meine Vorschläge Denkanstöße sind, die die Ehrenamtlichen weiter begleiten und Grundlage für ein neues Bewusstsein sind. Man könnte schon fast von Klassenbewusstsein sprechen ;)